



Nidwaldner Zeitung
Obere Spychermatt 12
6370 Stans

Stans, 26. Oktober 2020

Pressemitteilung

Eidgenössische Abstimmung vom 29. November 2020

SP Nidwalden beschliesst die Ja-Parolen sowohl zur Konzernverantwortungs-, wie auch zur Kriegsgeschäfte-Initiative

Anlässlich ihrer Mitgliederversammlung vom 19. Oktober 2020, beschliesst die SP Nidwalden sowohl für die Konzernverantwortungs- wie auch für die Kriegsgeschäfte-Initiative einstimmig die Ja Parolen. Für die allermeisten anständigen Schweizer Unternehmungen wird sich nach der Annahme der Konzernverantwortungsinitiative nichts ändern. Für den kleinen Rest aller Unternehmungen wird es Zeit, sich an den internationalen Richtlinien für Menschenrechte und Ökologie zu halten. Die Kriegsgeschäfte-Initiative soll verhindern, dass kein Schweizer Geld in die Finanzierung von Kriegsmaterial-Produzenten fliesst. Die Schweizer Neutralität und unsere humanitäre Tradition stehen im Widerspruch zu Investitionen, welche, direkt oder indirekt, kriegerische Handlungen oder nationale Konflikte unterstützen.

«Die Schweiz praktiziert eine sehr liberale Wirtschaftsordnung. Diese unternehmerischen Freiheiten müssen Hand in Hand mit gesellschaftlicher Verantwortung gehen». Mit diesen Worten eröffnet Parteivorstandsmitglied Hubert Rüttimann die Pro Argumente der Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Das ist in zwei Sätzen ausgedrückt der Kern der Initiative, über welche wir am 29. November abstimmen. Die Initiative fordert, was selbstverständlich ist: Konzerne sollen Verantwortung für ihr wirtschaftliches Handeln übernehmen. Alleine die breite Allianz verschiedenlicher KMUs weist darauf hin: Die KVI setzt Schweizer Regeln für Schweizer Konzerne verbindlich fest und schafft somit klare Rahmenbedingungen für alle Unternehmungen. Die SP Nidwalden ist klar der Meinung: Wenn schon schier uneingeschränkter, wirtschaftlicher Wettbewerb, dann einer, bei dem alle Teilnehmer mit gleich langen Spiessen an den Start gehen und bei dem, minimale Standards in Bezug auf Umwelt und Menschenrechte eingehalten werden müssen. Wenn es uns nicht gelingt, die Situation von Migrationsströmen an der Wurzel zu verbessern, darf es nicht verwundern, dass weiterhin Symptome „bekämpft“ werden müssen.

Kein Schweizer Geld für die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten im Allgemeinen, kein Schweizer Geld für Atomwaffen, kein Schweizer Geld für Antipersonenminen im Speziellen. Kriege lassen sich nicht bekämpfen mit Mitteln, die sie auslösen. Ein Mittel sind unsere Pensionskassengelder, welche aufgewendet werden, um kriegerische Handlungen zu unterstützen. Das wollen wir von der SP Nidwalden nicht und stimmen darum einstimmig Ja zur Kriegsgeschäfte- Initiative.

Auskunft: Daniel Niederberger, 078 878 44 08, info@da-ni.ch